

Beschluss des Bremer Gewerkschaftstages vom 28.10.2009

**Schulstandortplanung in der Stadtgemeinde Bremen:
Die GEW warnt vor einem noch selektiveren Schulsystem und fordert
Perspektiven für eine Schule für alle!**

Nachdem die Senatorin für Bildung sich im vergangenen Jahr von der Forderung „Eine Schule für alle“ verabschiedet und mit der CDU ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und Oberschule vereinbart hat, droht jetzt mit dem Schulstandortplan eine weitere selektive Zergliederung. Ein Teil der 32 Schulzentren der Sek. I und Gesamtschulen, die jetzt Oberschulen heißen, soll eine kleine gymnasiale Oberstufe erhalten. Dieser Plan ist in mehrfacher Hinsicht schädlich und rückwärtsgewandt:

- Es entsteht damit in der Sekundarstufe vielerorts ein Drei-Säulen-Modell aus Gymnasium – Oberschule mit GyO – Oberschule ohne GyO. Die Mehrheit der Oberschulen gerät dabei in die Gefahr, zu einer Schule dritter Klasse zu werden. Ihnen wird zwar versichert, auch sie könnten SchülerInnen nach der 10. Klasse an die gymnasiale Oberstufe einer Nachbarschule schicken, aber Eltern, die für ihr Kind den Weg zum Abitur planen (und dies sind nach den letzten Anmeldungen über 50%) werden die Schulen ohne GyO weniger anwählen. Es entstehen also faktisch 15-20 Oberschulen, die Gefahr laufen, zu Sekundarschulen im neuen Gewande zu werden. Damit wird das erklärte Regierungsziel – die soziale Entmischung in der Stadt Bremen aufzuhalten – in sein Gegenteil verkehrt.

- Gleichzeitig wird die Qualität der gymnasialen Oberstufe in Bremen gefährdet. Den GyO's in Bremen ist es bisher gelungen, mit einer Jahrgangsbreite von mindestens 100-120 SchülerInnen ein vielfältiges und fachlich hoch stehendes Angebot an Profilen abzusichern. Der Plan der Senatorin läuft darauf hinaus, die bestehenden Oberstufen zu kappen und stattdessen eine ganze Reihe von Zwerg-Oberstufen neu zu gründen. Dort wird die bisherige fachliche Breite schwerlich zu gewährleisten sein. Die bisherigen Oberstufenzentren verlieren gleichzeitig die Möglichkeit, neue Wege der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung zu gehen.

- Mit dem Plan einer riesigen Umorganisation der Sekundarstufe werden sinnlose Kosten verursacht und die wesentlichen Aufgaben – Stärkung der Grundschule, Integration der Sekundarstufe I, Förderung der MigrantInnen, Integration der Förderzentren – werden komplett vernachlässigt. Auf diesen Gebieten ist in über zwei Jahren Regierungspraxis fast nichts geschehen. Stattdessen wurden an den Grundschulen über 60 Stellen abgebaut, ein neues Konzept und Mittel zur MigrantInnenförderung sind nicht vorhanden, die Integration des 5. Jahrgangs der Oberschule wird lediglich im ersten Jahr durch Lehrerstunden unterstützt, was völlig unzureichend ist.

Die GEW will:

- die Konzentration in der Schul- und Standortpolitik auf die Stärkung der Grundschule und die Integration der Sekundarstufe I einschließlich der Förderzentren
- den Erhalt der bestehenden Oberstufenzentren und Schulverbände im Stadtteil mit gleichberechtigtem Zugang aller Oberschulen zu den bestehenden gymnasialen Oberstufen
- die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung in den bestehenden Oberstufenzentren ausbauen.